

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juli/august 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Mirco Dragowski, Hanaa
El-Husseini, Maren Jasper,
Martin Reeckmann,
Irmgard Schwaetzer,
Bettina v. Seyfried

Leserbriefe

Christian Lüttke

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de

fdp-fraktion-mitte.de

liberal-central.de

fdp-gendarmenmarkt.de

fdp-ot.de

fdp-tiergarten.de

fdp-wedding.de

fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe juli/august 2008
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

zum Anfang des Monats gab es vergnügliche Nachrichten: Bun-
desweit hat die FDP nach der jüngsten Umfrage des Forsa-Insti-
tutes für das Magazin ‚Stern‘ und den Fernsehsender RTL ein
neues Jahreshoch von 14 % erreicht. Vor diesem Hintergrund
mag man dann entspannt ein paar Sommertage jenseits der politi-
schen Arbeit genießen, bevor das Spiel Ende August wieder an-
gepfeffen wird. Und nicht nur auf Bundesebene freuen wir uns
auf einen heißen liberalen Herbst, auch im Land Berlin könnte
Vorfreude nicht unangebracht sein: Sowohl unsere AGH-Frak-
tion wie auch unser Landesvorstand hatten sich jüngst zu Klau-
surtagungen zurückgezogen und damit erfreulich hohe Erwartun-
gen für die kommenden Monate geweckt.

LC wünscht Ihnen entspannte, fröhliche und erfüllte Sonnentage
und meldet sich zurück mit der Ausgabe September 2008.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Dreifach ist des Raumes Maß.
Rastlos fort ohn' Unterlaß
Strebt die Länge, fort in's Weite
Endlos gießet sich die Breite,
Grundlos senkt die Tiefe sich.

Dir ein Bild sind sie gegeben.
Rastlos vorwärts mußst du streben,
Nie ermüdet stille stehn,
Willst du die Vollendung sehn;
Mußt in's Breite dich entfalten,
Soll sich dir die Welt gestalten;
In die Tiefe mußst du steigen,
Soll sich dir das Wesen zeigen.

Nur Beharrung führt zum Ziel,
Nur die Fülle führt zur Klarheit,
Und im Abgrund wohnt die Wahrheit.

Friedrich Schiller

Lagebericht des Vorsitzenden

Welche „Mitte“ meinen wir denn?

von *Henner Schmidt*

Die FDP-Führung thematisiert seit einiger Zeit die „vergessene Mitte“. Auch in der Berliner FDP wird dieser Begriff benutzt. Die Frage ist nur: was bedeutet dieser Gedanke konkret in Berlin und in unserem Bezirk?



Damit die „vergessene Mitte“ kein reines Schlagwort bleibt, müssen wir uns in jedem Falle konkrete Menschen vorstellen können.

Das ist gar nicht so einfach. Vollkommen falsch wäre es jedenfalls, die gemeinte Gruppe nach ihrem Einkommen abzugrenzen. Nicht nur, dass Liberalismus sich nicht am Portemonnaie festmachen darf, die gemeinte Personengruppe muss vor allem Gemeinsamkeiten aufweisen, die über rein formale Kriterien hinausgehen, um mit einer politischen Kampagne ansprechbar zu sein. Ansonsten würde „die Mitte“ nur ein diffuses Konglomerat von Menschen mit unterschiedlichen Lebensweisen, Kulturen und Werteinstellungen beschreiben: Den Handwerker, der am liebsten den osteuropäischen Wettbewerb ganz ausschalten möchte, den postmaterialistischen gut verdienenden und stur die Grünen wählenden Anwalt, die Zahnärztin, die noch nicht einmal wählen geht, die gewerkschaftlich organisierte Angestellte im öffentlichen Dienst, die ihre Kita bestreikt – diese Personen sind zwar alle irgendwie „Mitte“ aber haben wenig gemeinsame Interessen und Werthaltungen.

Hinzu kommt, dass Berlin in vielen Dingen anders ist als die westdeutschen Flächenländer, auf die die Bundespartei sich primär ausrichtet. Die klassische „Mitte“ der FDP (klischeehaft: der Familienunternehmer mit Kleinfamilie im Einfamilienhäuschen), ist in Berlin als Zielgruppe mikroskopisch klein. Berlin ist eben eine sehr arme Stadt.

Die „Mitte“ in Berlin – und erst recht im sozial besonders schwachen Bezirk Mitte – umfasst auch den Würstchenbudenbesitzer, der mühsam versucht, sich eine kleine Existenz aufzubauen, die Internet-Unternehmerin, die in prekären finanziellen Verhältnissen lebt, ohne aber Hartz-IV zu bekommen oder den türkischen Gemüse-

händler, der nur durch die Mitarbeit der ganzen Familie wirtschaftlich überleben kann.

Die „Mitte“ zeichnet sich bei uns also nicht durch ein mittleres Einkommen aus, sondern durch wesentliche gemeinsame Grundeinstellungen wie Selbstverantwortlichkeit, Leistungsbeurteilung, bürgerschaftliches Engagement, Familienorientierung und Wertschätzung von Bildung.

Diese „Mitte“ ist wirklich von der Politik vergessen worden. Sie leidet unter hohen Belastungen ohne gleichzeitig von den sozialen Wohltaten profitieren zu können. Sie merkt, dass der Staat Grundleistungen wie gute Schulbildung, befahrbare Straßen oder Schutz vor Kriminalität nur noch eingeschränkt zur Verfügung stellt. Sie lehnt die immer weiter wuchernden behelrenden Regelungen im täglichen Lebens ab und wird meistens durch ebendiese Auflagen auch noch daran gehindert, ihrer üblichen Tätigkeit ordentlich nachzugehen – man denke nur an die Auswirkung der Umweltzone auf viele Handwerksbetriebe oder des Rauchverbots auf Einraumkneipen oder der Schließung vieler kleiner Lottoannahmestellen wegen des ach so gefährlichen Lottospiels auf die Zeitungskioske.

Immer höhere Abgaben auch für kleine Einkommen und die immer stärkeren staatlichen Einschränkungen bei der eigenen Lebensführung machen viele Menschen wütend. Für diese Menschen hätte die FDP Antworten und Lösungen zu bieten. Wir müssen dafür eintreten, dass dies auch passiert.

Wer bei uns nur über zu hohe Steuern lamentiert oder versucht, den Ärger über Ungeschicklichkeiten einzelner Ordnungsämter für den Volkszorn zu instrumentalisieren, geht am Thema vorbei. Die kämpfende Mitte in Berlin möchte statt dessen konkrete Verbesserungen für Familien und in der Bildung sehen. Sie möchte von der Überregulierung weitestgehend befreit werden. Sie möchte, dass der Staat seine Verantwortung für den Rahmen des Zusammenlebens wahrnimmt und die „Mitte“ darüber hinaus ihre Ziele selbstverantwortlich verfolgen lässt.

Wir haben es in der Hand, dass die „vergessene Mitte“ kein sinnleeres Schlagwort bleibt, sondern ein Angebot an unsere Bürgerinnen und Bürger wird. Gestalten Sie es mit!

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Sanierung oder Neubau?

von Kurt Lehner

Der Wettbewerb zur Sanierung der Staatsoper endete überraschend: Trotz der Vorgabe, den an Knobelsdorff orientierten Paulick-Saal möglichst zu wahren, wurde der radikal moderne Entwurf von Klaus Roth preisgekrönt.

Der LFA Kultur forderte nahezu einmütig „einen Saal, der das historische Ambiente des Hauses und des Bauensembles im Umfeld der Oper berücksichtigt. Der neugestaltete Zuschauerraum muss sich stilistisch in den Bau einfügen. Die wünschenswerten Verbesserungen in Akustik und Sichtverhältnissen sollen unter dieser Vorgabe gelöst werden.“ Das entspricht der sonst unbestrittenen Forderung nach Kongruenz von Innen- und Außenbau. Denkmalpflege und Ambiente sind als schützenswerte Kulturgüter mindestens gleichrangig zu beachten. Oper ist als Gesamtkunstwerk anzusehen, das nicht nur aus Musik oder Theater besteht: Sie ist immer auch gesellschaftliches Erlebnis, das Architektur und Ambiente einbezieht.

Die FDP-AGH-Fraktion hielt später dagegen „eine bauliche Veränderung... des Opernsaals und damit ein Eingriff in die denkmalgeschützte Substanz notwendig. Diese Eingriffe in das historische Gebäude sollen im Sinne einer bauhistorischen Ehrlichkeit auch erlebbar und erkennbar sein. Dafür ist es wichtig, insbesondere die Teile des Opernhauses, die erhalten bleiben, in Beziehung zu den neuen Bauteilen zu setzen und für den Besucher beides, auch in seinem Gegensatz, erfahrbar zu machen.“ Die Fraktion will, „dass die Staatsoper nach ihrem Umbau alle Voraussetzungen besitzt, um international bestehen zu können. Dafür braucht Berlin eine Staatsoper mit exzellenter Raumakustik und guten Sichtbeziehungen von jedem Sitzplatz.“

Nach dieser Logik müsste allerdings die Deutsche Oper das erste Haus am Platze sein, während die Staatsoper längst zu einem Krisenhaus hätte werden müssen. Das ist offenkundig nicht der Fall. Kulturstaatssekretär Schmitz lehnte den Roth-Entwurf deshalb ebenso ab wie die ‚Freunde der Staatsoper‘, die ihre 30 Millionen Euro Zusage für die Renovierungskosten für den Fall der Umsetzung des Roth-Entwurfes zurückzuziehen drohten. Während Staatsoperndirigent Barenboim sich für Roth aussprach, wendeten sich die Sänger Theo Adam

und Peter Schreier vehement dagegen. Zusammen mit zahlreichen anderen Prominenten unterstützten sie den Appell „Staatsoper sanieren, nicht zerstören!“

Schon im späten 19. Jahrhundert erschien die Lindenoper spätromantischen Orchestergrößen und Klangvorstellungen nicht mehr angemessen. Man entschied sich damals für einen separaten Neubau. Die Teilung Berlins führte schließlich dazu: Die Deutsche Oper an der Bismarckstraße ist das gewünschte moderne Haus.



Akustik ist nicht zuletzt eine Modefrage: Was für Wagner-Opern ungünstig ist, kann für Barock und Klassik sinnvoll sein. Wäre daher es nicht sinnvoller, beide Häuser organisatorisch so zu verbinden, dass Barenboim auch mal in der Bismarckstraße moderne Akustik nutzen darf, und umgekehrt die Deutsche Oper den trockeneren Klang des alten Hauses

Unter den Linden? Bergen so unterschiedliche Säle nicht eine kulturelle Chance? Michael Bienert in der Stuttgarter Zeitung: „Niemand käme auf die Idee, von einem Hammerklavier zu verlangen, dass es wie ein moderner Konzertflügel klingt.“ Und: „Langfristig macht es wenig Sinn, in den Barockbau einen zweiten modernen Saal vom Typ Deutsche Oper hineinzupressen. Paulicks Saal verhält sich dazu wie das historische Konzerthaus am Gendarmenmarkt zu Scharouns Philharmonie.“ Ulrich Eckhardt, jahrzehntelang Intendant der Berliner Festwochen, meint: „Der Totalabriss des Vorderhauses wäre ein weiteres Beispiel grassierender Geschichtsvergessenheit.. Was Paulick und seine Auftraggeber... mit sicherem Stilgefühl und gutem Geschmack schufen, verdient Respekt und darf nicht Moden geopfert werden.“

Barenboim hat inzwischen zugestanden, dass der Saal eine Verbindung zur Tradition haben müsse. Die Radikalforderung nach Kontrast zwischen historischem Außenbau und Saalneubau ist so nahezu isoliert. FDP-Landesvorstand Nikoline Hansen hat für das Kulturgut Staatsopernsaal plädiert: „Die FDP Berlin fordert, sich bei der Neugestaltung des Saals der Staatsoper am historischen Vorbild zu orientieren. Im Vergleich mit den anderen Berliner Opernhäusern ist das Rokoko-Ambiente der Staatsoper derzeit ein Alleinstellungsmerkmal, das für den Opernfreund nicht unterschätzt werden darf.“

Dr. Kurt M. Lehner (OV Tiergarten) ist Vorsitzender des Landesfachausschusses Kultur und Medien der Berliner FDP

Gastkommentar

Integration ist keine Einbahnstraße

von *Hanaa El-Hussein*

Die Fußball-EM hat uns wieder einmal vor Augen geführt, dass Integration heute keineswegs ein Randthema, sondern vielmehr längst ein Alltagsphänomen ist. Alleine in der deutschen Nationalmannschaft spielen inzwischen wahrscheinlich mehrheitlich Spieler mit Migrationshintergrund – wenn man es über mehrere Generationen betrachtet: Podolski, Odonkor, Kuranyi, Gomez, und viele mehr stammen aus Migrantenfamilien. Nicht nur unsere Nationalmannschaft hat gezeigt, wie vielfältig und offen Deutschland inzwischen ist. Beinahe jeder Zweite meiner Bekannten fieberte nach dem Ausscheiden der Deutschen noch mit einer anderen Mannschaft, weil zumindest ein Elternteil aus diesem Land kommt. Diese Beispiele zeigen, dass erfolgreiche Integration möglich ist, ohne dass man die eigene Identität verliert oder die eigene Herkunft zu verleugnen braucht. Die kulturelle Vielfalt zeichnet Deutschland aus. Das Miteinander bereichert unsere Gesellschaft und bringt Deutschland voran.

Für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind aus meiner Sicht drei Punkte von zentraler Bedeutung:

Erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung.

Integration ist zugleich Leistung, Belastung und Herausforderung. Die in Deutschland lebenden Ausländer kommen häufig aus Ländern mit ganz anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsstadien und Kulturen. Insbesondere Frauen und Kinder haben dabei mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die Sozialisationsinflüsse von Schule und deutschen bzw. gemischten Gruppen stehen oft im Widerspruch zur Lebensweise, der Religion und dem Wertesystem der Eltern und Großeltern. Eine erfolgreiche Integration ist keine Einbahnstraße. Sie erfordert die Bereitschaft der Migranten genauso wie der aufnehmenden Gesellschaft zu integrieren. Voraussetzung dafür ist einerseits, dass die Migranten das Grundgesetz und unsere gesamte

Rechtsordnung vorbehaltlos akzeptieren, die deutsche Sprache erlernen und sich auf das Leben in unserer Gesellschaft einlassen. Denn: Wer Rechte beansprucht, muss auch Pflichten erfüllen. Andererseits bedeutet dies für das Aufnahmeland die Bereitschaft zur Akzeptanz und Toleranz der integrationswilligen Migranten. Denn: Wer Forderung stellt muss auch fördern!

Bildung ist der zentrale Schlüssel zur erfolgreichen Integration.



Oft leben Migranten im Spannungsfeld zwischen Tradition, Erwartungen, und eigener Selbstverwirklichung. Dinge, die in Deutschland oft selbstverständlich sind, sind längst nicht für alle selbstverständlich, die in Deutschland leben. Etwa die Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau oder Trennung von Staat und Kirche. Integration ist ein Prozess der zugleich mit Ausgliederung aus dem Herkunftsland und eine Eingliederung in das Aufnahmeland verbunden ist. Es sind die Erfahrungen vom Akzeptanz und Abwehr. Bildung ist daher der zentrale Schlüssel für

eine erfolgreiche Integration und für die Fähigkeit, sich mit dem Neuen auseinanderzusetzen und seine eigene Position in der Gesellschaft zu finden. Dies gilt vor allem und gerade auch für Frauen und Kinder.

Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe.

Integrationspolitik ist kein losgelöster Politikbereich, sondern elementarer Bestandteil der Bildungs-, der Sozial-, der Stadtentwicklungs-, der Wirtschafts-, der Kultur-, der Arbeitsmarktpolitik, ja sogar der Umweltpolitik. Die regionale Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen, Arbeitsamt, Betrieben und Selbsthilfeorganisationen von Migranten muss verbessert, effektiver aufeinander abgestimmt und besser koordiniert werden.

Integrationspolitik ist Querschnittsaufgabe und Gemeinschaftsaufgabe zugleich. Sie ist aber ein Beispiel für das Spannungsfeld von „Freiheit und Verantwortung“ und damit ein lohnendes Feld für uns Liberale. Wir sollten diese Chance nutzen!

*Hanaa El-Hussein (BV Tempelhof-Schöneberg)
ist Vorsitzende des Landesfachausschusses Ausländerpolitik der Berliner FDP*

Zum Thema

Freiheit, die wir meinen

von *Irmgard Schwaetzer*

Wer redet heute noch von Freiheit ohne Wenn und Aber? Die Mehrheit redet eher von Gerechtigkeit und meint damit Gleichheit durch Umverteilung. Staat ist „in“, Verantwortung „out“. Die Mitte wird von allen anderen Parteien geräumt und bietet viel Platz für die FDP. Nur: Wer ist die Mitte? Als in der „Mitte“ verstehen sich Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen, ohne überbordende Vorschriften; die gute Schulen und damit bessere Bildungschancen für ihre Kinder suchen, die in Kitas die Talente ihrer Kinder fördern; die von Erwerbsarbeit leben und sich davon noch etwas Vermögen für schwierige Zeiten ansparen wollen und deshalb mehr Netto vom Brutto suchen; die sich nicht von hohen staatlichen Abgaben die Chancen nehmen lassen wollen.



Kurz: die Mitte will Freiheit – und das ist das Kennzeichen der Liberalen.

Diese Mitte ist in einer offenen Demokratie die Trägerschicht der Bürgergesellschaft. Sie definiert sich nicht über das Einkommen, sondern durch ihre Ansprüche an sich selbst, obwohl sie besonders durch steigende Steuern und Abgaben eingeschränkt wird, und die Angst vor dem Abrutschen weit verbreitet ist. Ein vereinfachtes Steuersystem, das insbesondere attraktiv für Familien ist, weist den richtigen Weg zur Stärkung der Menschen dieser Mitte. Aber als Mittel gegen die Angst müssen zwei Grundbedingungen einer freien, offenen Gesellschaft erfüllt sein: Existenzsicherung und Chancengleichheit, übersetzt in die Programmatik der FDP: die Einführung des Bürgergeld-Konzeptes und bessere Bildung.

Wenn dies gesichert ist, gibt es „keinen weiteren Grund, Unterschiede einzuebnen. Die Ungleichheit der Einkommen und Lebenslagen kann dann zum Stimulus einer offenen, wandlungsfähigen, freien Gesellschaft werden“ sagte Lord Dahrendorf in seiner Rede zum 50-jährigen Jubiläum der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Der Nutzen von „Freiheit, die wir meinen“ ist dann direkt spürbar in neuer Kreativität und Vielfalt in einer offenen wandlungsfähigen Gesellschaft.

Dr. Irmgard Schwaetzer (OV Gendarmenmarkt), Bundesministerin a.D.

Zum Thema

Wettbewerb!

von *Maren Jasper*

Mit dem Querschnittsthema „Wettbewerbspolitik“ startet der Bezirksvorstand Mitte in den kommenden Monaten eine Diskussion, die sich durch den Landesverband der FDP Berlin, aber auch durch den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, in unterschiedlichen Organisation mit Verbänden, Vereinen und Institutionen ziehen soll. Eine Veranstaltungsreihe ist zur Zeit in der Planung und soll im Herbst ihren Anfang nehmen. Warum gerade das Thema „Mehr Wettbewerb“? Es ist zum einen ein ur-liberales Anliegen, das für uns Maxime in allen möglichen politischen Bereichen ist. Das Anliegen ist allerdings nicht nur Selbstzweck, denn mehr Wettbewerb soll den Menschen in Berlin zugute kommen. So soll mehr Wettbewerb und mit der Abschaffung des Entsorgungsmonopols der Berliner Stadtreinigung, die schon seit längerem von der Berliner FDP gefordert wird, für eine Senkung der Gebühren zugunsten der Berlinerinnen und Berliner sorgen. Zum anderen ist es notwendig, dass der Staat die Rahmenbedingungen für funktionierenden Wettbewerb schafft. Und hier ist die Politik und gerade die FDP gefragt, Lösungskonzepte anzubieten. Diese wollen wir, der Bezirksvorstand mit Ihnen und allen Interessierten diskutieren.



Den Anfang der Reihe soll das Thema „Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr“ machen. Können wir mit Hilfe des sog. Ausschreibungswettbewerbs zu einem besseren und effizienteren Angebot im ÖPNV kommen? Wie müssten die Rahmenbedingungen hierfür aussehen?

Danach sollen sich die Themen „Wettbewerb in der Schulfinanzierung – das FDP-Modell der Bürgerschule“ anschließen. Dann könnte es mit einer Veranstaltung zum aktuellen Thema „Wettbewerb im Gesundheitssystem“ weitergehen. Wichtig ist, dass wir, der Bezirksvorstand, offen für Ihre Ideen sind. Sprechen Sie uns an, wenn Sie Ideen zu weiteren Veranstaltungen, zu potentiellen Referenten, Einladungsverteilern und geeigneten Tagungsräumlichkeiten haben. Sie können sich zum Beispiel an mich unter maren.jasper@gmx.de wenden oder die anderen Bezirksvorstandsmitglieder ansprechen.

Dr. Maren Jasper (OV Oranienburger Tor) ist Stellv. Vorsitzende des BV Mitte

Aus dem Abgeordnetenhaus

Verbote = Jugendschutz ?

von Mirco Dragowski

Flatratepartyverbote, Werbeverbote, Alkohol erst ab 18 Jahren – führen diese Forderungen zu einem besseren Jugendschutz?



Bei der Präventionsarbeit müssen wir bei den einzelnen Jugendlichen ansetzen.

Jugendliche reagieren auf Kontrollen und passen sich an: die scheinbare Cola in der Flasche oder das Mineralwasser sind Wodka-Mischungen. Zum Kauf des Alkohols werden Obdachlose oder erwachsene Freunde eingespannt. Daher hilft hier auch eine Erhöhung des Abgabalters von Bier und Wein auf 18 Jahre nicht.

Werden Flatratepartys verboten, trinken Jugendliche dadurch nicht weniger Alkohol, sie weichen in andere Bereiche aus.

Jugendliche müssen für das Thema Alkoholkonsum sensibilisiert werden. Wir benötigen altersspezifische Projekte und Angebote, die auch schon in der Grundschule und so möglichst vor dem Erstkonsum ansetzen.

Mit den Informationen über Risiken des Alkoholkonsums, die die Jugendlichen in der Beratung an die Hand bekommen, können sie lernen, ihr Verhalten zu hinterfragen und Verantwortung für sich und andere aufzubauen. Ein Werbeverbot ist dann nicht erforderlich.

Alkohol ist eine legale Droge, die ein großer Teil der Bevölkerung konsumiert. Jugendliche probieren Alkohol aus und gehen an ihre Grenzen. Das individuelle Verhalten wird durch Vorbilder beeinflusst. Daher benötigen wir die Eltern als Vorbilder. Sie müssen ihren Kindern einen verantwortungsbewussten Konsum vorleben.

Daher sollten Lehrer das Thema Alkoholprävention sowohl in den Schulunterricht einbauen als auch einen Elternabend zu diesem Thema veranstalten. Die Fachstelle für Suchtprävention des Landes Berlin braucht die notwendigen Ressourcen, um den Multiplikatoren wie z.B. Lehrern eine gute Präventionsarbeit zu vermitteln.

Diese Präventionsarbeit kostet im Gegensatz zu neuen Verboten Geld. Jedoch bringt nur sie uns dem Ziel näher, die Jugend vor starkem Alkoholkonsum zu schützen.

Mirco Dragowski MdB (BV Tempelhof-Schöneberg)

Aus der Landespartei

Gut vorbereitet für 2009

von Markus Löning



Zum Auftakt der Vorstandsklausur am 4. und 5. Juli berichtete Dr. Peter Strunk, Kommunikationschef der Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt Adlershof, über Perspektiven dieses für Berlin so wichtigen Standortes. In der Debatte wurde schnell klar: Nur wir Freien Demokraten setzen so eindeutig auf Innovation durch Wissenschaft und Forschung.

Am Samstag diskutierte und beschloss der Landesvorstand ein umfangreiches Arbeitsprogramm.

Die AG Bildung (Specht-Happel, Busse, Seerig und Senftleben) hat einen Aktionsplan zu unserem Beschluss „Kinder, Schule, Zukunft“ vorgelegt. Im Herbst werden wir den regelmäßigen Fachdialog zur Bildungspolitik mit Eltern, Lehrern, Schulleitern, Kirchen und Verbänden fortsetzen. Schon jetzt haben wir sehr interessante Rückmeldungen zu unserem Beschluss.

Am 6. September werden wir einen landesweiten Aktionstag zu Schulthemen durchführen. Dazu wird es ein Faltblatt und intensive Pressearbeit vom Landesverband geben. Gemeinsam mit der Fraktion werden wir uns auch am „Tag der Freien Schulen“ beteiligen.

Otto Hoffmann hat ein sehr gutes Konzept zum Umgang mit Neumitgliedern und zur Betreuung von „Alt“-Mitgliedern vorgelegt. Auf der Runde der Orts- und Bezirksvorsitzenden im September werden wir diese Vorschläge vorstellen.

Auch für unseren Internetauftritt legte Otto Hoffmann Ideen vor. Hier wird über den Sommer gearbeitet, damit wir im Herbst mit einem frischen Auftritt im Netz sind.

Dem Berliner Europatag am 11. Oktober wird morgens eine Veranstaltung vorausgehen, die sich an die Gesundheitswirtschaft in unsere Stadt richtet. Hier wollen wir mit Mittelstand und Forschung über unsere liberalen Konzepte ins Gespräch kommen.

Eine arbeitsintensive Klausur, deren Ergebnisse hier nur im Ansatz dargestellt werden können. Aber eins ist klar: Wir werden gut vorbereitet ins Wahljahr 2009 starten.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

SPD, Grüne und Linke erpressen Bürgerinitiative

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Mitte beschäftigt die BVV seit langer Zeit. Nicht zuletzt durch die Anfragen, die von der Bürgerinitiative gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung an die BVV und das Bezirksamt gestellt wurden, waren die Fraktionen gezwungen, sich zu dem Thema zu positionieren. Die FDP, die schon immer das Gesamtkonzept für die Parkraumbewirtschaftung ablehnte, unterstützt das Anliegen der Bürgerinitiative und ist empört, dass das Bezirksamt mit der Umsetzung des Konzeptes begonnen hat ohne die Ergebnisse des Bürgerbegehrens abzuwarten.

Aus unserer Sicht ist ein derartiges Vorgehen nicht nur haushaltspolitisch fatal – sollte nämlich der Bürgerentscheid erfolgreich sein, muss der Bezirk die Kosten der Aufstellung von Automaten und deren Abbau tragen, sondern auch ein kulturdemokratisches Armutszeugnis für die Bezirksverwaltung und die Parkraumbewirtschaftung unterstützenden Fraktionen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke). Die Argumentationslogik der Befürworter war simpel und an Arroganz gegen den Bürgerwillen kaum zu überbieten: wir haben die Mehrheit in der BVV, wurden von so und so vielen Bürgern gewählt und lassen uns von einer kleinen Bürgerinitiative nicht unter Druck setzen.

Die Parkraumbewirtschaftung wird kommen. So weit so gut. Denn entgegen der Hoffnung der Grünen, der Linken und der Sozialdemokraten hat die Bürgerinitiative, die für den Bürgerentscheid notwendige Zahl der Unterschriften nicht nur erreicht, sondern diese weit übertroffen. Der Schock über das Ergebnis war offensichtlich so groß, dass die Gegner der direkten Demokratie, glaubten ihre Taktik ändern zu müssen. Am 13 Juni 2008 verfassten die Grünen, SPD und die Linke einen Brief an die Bürgerinitiative, in dem es heißt: „die BVV Mitte beschließt...“, dass über die derzeit bestehenden Parkraumbewirtschaftungszonen hinaus keine weiteren eingerichtet werden..... Die Initiative gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Berlin Mitte erklärt sich unter diese Voraussetzung bereit, auf die Durchführung eines Bürgerentscheids zu verzichten“. Im Umkehrschluss bedeutet das natürlich, dass wenn die Bürgerinitiative es wagen soll, den Entscheid doch durchzuführen,

werden in Mitte weitere Parkraumbewirtschaftungszonen errichtet. Hut ab! Die BVV in Mitte ist um ein politisches Instrument reicher geworden: politische Erpressung! Das hat allerdings auch die Bürgerinitiative erkannt und den „großzügigen“ Vorschlag abgelehnt. Am 28. September findet nun der Bürgerentscheid in Mitte statt. Wir appellieren an alle:

Nehmen Sie an dem Entscheid am 28. September teil. Stimmen Sie mit NEIN!

Wir sind ansprechbar über das Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363
Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

BA diskutiert Oper und Gestaltungssatzung

Kurt M. Lehner für den Bezirksausschuss

Beim Bezirksausschuss am 9. Juni bewertete der Bezirksvorsitzende Henner Schmidt noch einmal den zurückliegenden Landesparteitag. Er empfand die Reaktion auf die Vorstandswahl und die Entscheidung für Katja v. Maur als eine Sternstunde des BV. Er wolle nun vor allem außerhalb der Landesverbandsgrerien Projekte unter eigener Regie in Angriff genommen. Der Bezirksvorstand sei bereit, diese mit den nötigen Mitteln zu unterstützen.

K. v. Maur berichtete aus dem Landesvorstand, der sich derzeit konstituiert. Es habe sich eine Ostrunde etabliert, und erst nach heftigem Widerstand sei diese um die Ost-OVs des BV Mitte ergänzt worden, nicht aber den BV als solchen, obwohl der ebenfalls „mauerübergreifende“ BV F'hain-K'berg als BV vertreten sei.

Diskutiert wurde über die vom RBB angekündigte Schließung des Senders Multi-Kulti. Die Frage, ob dieser Sender ein echter Integrationsfaktor ist, wollte niemand mit Ja beantworten. Herr Bhaduri sprach sich nachdrücklich für Schließung des Senders aus. Die GRÜNEN planen eine Aktion gegen die Schließung.

Auf Antrag von A. Blissenbach wurde über den Umbau der Staatsoper diskutiert. Der LFA Kultur hatte bereits für eine stilistische Harmonie des Zuschauerraums mit dem historischen Außenbau plädiert. Bis 19. Juni waren Entwürfe ausgestellt, was der BA abwarten wollte.

Zur „Historischen Mitte“ wurde ein Antrag aus Gendarmenmarkt zur Wiederbelebung des Dönhoffplatzes beschlossen, dagegen fand die Forderung des gleichen OV nach pauschaler Ablehnung jeglicher Gestaltungssatzung für Berlins historische Mitte keine Zustimmung.

Politik hautnah

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Politik zum Anfassen lebten die Liberalen vom Gendarmenmarkt Anfang Juni. Gemeinsam mit der Interessenvertretung Leipziger Straße und dem BVV-Fraktionsvorsitzenden Peter Pawlowski besichtigten sie bei einer gut zweistündigen Begehung die Problemareale der ehemals größten Geschäftsstraße Berlins. Mit konkreten Vorschlägen versehen, werden BVV-Fraktion und Ortsverband gemeinsam Maßnahmen erarbeiten. Inspiriert durch die Ortsbegehung setzte die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes gleich vier Ideen zur Stadtentwicklung in konkrete Anträge um.

Nahe dran am Bürger war der Ortsverband gemeinsam mit liberalen Freunden aus Oranienburger Tor auch auf einer Veranstaltung mit der Gesellschaft Historisches Berlin. Mit einem hoch interessanten Streifzug durch die historische Mitte warb der Verein für ein Volksbegehren zur Sicherung des historischen Erbes. Das Volksbegehren ist vor einigen Tagen als gescheitert beendet worden. Die geforderten Inhalte bleiben jedoch weiterhin aktuell.

Integration

Martin Reeckmann vom OV Tiergarten

Zahlreich und rege war die Teilnahme am Politischen Brunch des Ortsverbandes Tiergarten im Juni. Hanaa El-Hussein, Vorsitzende des Fachausschusses Ausländerpolitik der FDP Berlin, referierte zum Thema „Integrationspolitik am Scheideweg“. Ihre Einblicke und Ausblicke mündeten in dem Standpunkt, dass der anspruchsvolle Weg von der Beherrschung der Landessprache zur erfolgreichen Integration liberale Politik braucht: Fördern und Fordern, Rechte und Pflichten, Toleranz und ein klares Nein zur Intoleranz. Die lebhafteste Diskussion machte deutlich, dass Integration ein zentrales Anliegen ist, deren Erfolg über die gesamtgesellschaftliche Bedeutung hinaus das tägliche Miteinander der Bürger im Stadtteil Tiergarten prägt. Rahmenbedingungen hierfür müssen auch von der Bildungspolitik geschaffen werden, um

das Verständnis der Kulturen bereits in früher Kindheit zu fördern. Wie wichtig dies ist, unterstrich Hanaa El-Hussein mit Beispielen aus eigener Kindheit und Jugend sowie aktuellen Erlebnissen. (siehe auch Gastkommentar Seite 5)

Im Aufwind

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

Auch für den zurückliegenden Monat können wir uns im Wedding über verschiedene Aufnahmeanträge freuen und in der vergangenen Woche Daniel Schaebs von den Jungen Liberalen bei uns aufnehmen. Nun hoffen wir, dass die weiteren Antragsteller in absehbarer Zeit auch in den OV kommen werden, damit wir das Prozedere durchziehen können. Wir beraten derzeit verschiedene Veranstaltungen, die wir auf Initiative des OV Wedding auflegen wollen. Vorrangig - wie bereits angekündigt - eine mit unserem Mitglied Johannes C. Seybold, der derzeit bei der Atombehörde in Wien arbeitet und uns bei unserem wie immer für alle Mitglieder offenen Vorstandstreffen bereits tiefe und hoch interessante Einblicke in die Thematik geben konnte. Wir hoffen, einen Termin im Oktober zu schnüren. Ich hoffe außerdem sehr darauf, dass wir aus dem Kreise unserer neuen Mitglieder Anregungen und tatkräftige Mithilfe erfahren werden. Auch die Homepage wird, so hoffe ich zuversichtlich, in Kürze wieder professionell gepflegt werden.

Erfolgreiche Konsolidierung

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

In letzter Zeit hat der OV Wilhelmstadt erhebliche und entscheidende Fortschritte in seiner Konsolidierungs-Herausforderung erreicht. Mit Burkhard Grell ist nunmehr der dritte Schatzmeister mit der Beseitigung von Altlasten aus lange zurückliegender Zeit befasst. Im Ergebnis ist die Mitgliederdatei nun weitgehend bereinigt. Frühere Nichtzahler, deren Kontaktdaten ermittelt werden konnten, haben entweder nachgezahlt oder wurden mit Ausschlussverfahren belegt. Mittlerweile decken und übersteigen die Einnahmen die Ausgaben, alle laufenden Beitragsabführungen werden laufend geleistet. Bezüglich der aufgelaufenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Bundesverband wurde vom OV ein Plan erstellt und wird umgesetzt, eine gemeinsame Lösung würde weiterhin angestrebt.

Personalien

(au) Die FDP-Kommission für Internet und Medien hat sich turnusgemäß neu konstituiert. Zur Unterstützung des Kommissionsvorsitzenden **Hans-Joachim Otto** MdB (Hessen), der auch Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ist, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden (neben neun externen Experten) die Medienrätin **Antje-Karin Pieper** aus Tiergarten sowie **Martin Lindner** MdA aus Steglitz-Zehlendorf, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und deren medienpolitischer Sprecher, gewählt. Dem Bundesfachausschuss Umwelt gehört jetzt unser Bezirksvorsitzender **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), der u.a. auch umweltpolitischer Sprecher der AGH-Fraktion ist, an – er wurde vom LV Berlin an Stelle des ausgeschiedenen **Sebastian Jungnickel** entsandt.

(au) **Frauke Jung-Lindemann** wurde zur Vorsitzenden der Liberale Frauen Berlin gewählt; tritt die Nachfolge von **Mieke Senfleben** MdA (Reinickendorf) an, welche seit April Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen ist. Stellv. Vorsitzende der Liberale Frauen Berlin ist neu **Hanaa El-Husseini** (Tempelhof-Schöneberg) und weiterhin **Silke Adam** (OT), welche auch Beisitzerin im Bundesvorstand ist, und **Julia Bunzel** aus Charlottenburg-Wilmersdorf, als Schriftführerin gewählt wurde **Marie-Christine v. Hahn**. Die Schatzmeisterin der Berliner Liberalen Frauen, **Andrea Spangenberg** aus Steglitz-Zehlendorf, wurde im Übrigen auch in den ehrenamtlichen Vorstand des LandesFrauenRates Berlin gewählt.

(au) Die FDP-Fraktion im AGH schaffte sich vor einigen Jahren ein Fahrrad an. Vom Modell her zwar ein Damenrad, war es dennoch qua Größe für die einzige Frau in unserer Fraktion, **Mieke Senfleben** MdA (Reinickendorf), nicht geeignet – und so kam in einem lobenswerten Akt frauenpolitischer Sensibilität jüngst noch ein kleineres Fahrrad hinzu. Zu den Nutzern des ursprünglichen Gefährtes zählt bereits der neue Geschäftsführer **Jan Becker-Schwering**, den die Presse auf demselben neben seiner wertvollen politischen Arbeit auch schon beim Bulettenholen anlässlich der Fußball-EM sah. Nicht auf Staatsknete-Drahtesel angewiesen ist unser Bezirksvorsitzender aus Mitte, **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt), welcher als passionierter und allwettertauglicher Radfahrer regelmäßig mit eigenem Touring-Rad zwischen Heim, Firma und AGH pendelt. Unbekannt ist, ob der Hobby-Rennradfahrer **Klaus-Peter v. Lüdeke** MdA (Steglitz-Zehlendorf) das Alltagsgefährt nutzt.

(au) Der BV Marzahn-Hellersdorf wählte sich nach dem Rücktritt des bisherigen Bezirksvorstandes einen neuen. Vorsitzende ist jetzt **Christa Mientus**, zu ihren beiden Stellvertretern wurden **Patrick Jacobs** und **Marco Kirchhof** gewählt, als Schatzmeister **Klaus Große**; Beisitzer wurde **Bernhard Sooth**. „Wir wollen, dass der Bezirksverband so schnell wie möglich seine volle Handlungsfähigkeit zurück erlangt, dieses Ziel gilt es in den nächsten Wochen zu verwirklichen“, erklärte Mientus. Uneingeschränkt fröhlich ging es zu auf der Party, zu welcher der liberale Abgeordnete aus Marzahn-Hellersdorf, **Sebastian Czaja** MdA, ins ‚Dante‘ am Hackeschen Markt geladen hatte. Bis zum Sonnenaufgang labten sich Parteifreundinnen und Parteifreunde von nah und fern am gut gekühlten, gesponsorten Champagner.

(au) Zur Feier des US-Unabhängigkeitstages am 4. Juli lud **Peter Pawlowski** (Tiergarten), Stellv. Vorsitzender unseres BV Mitte und Vorsitzender der FDP-Fraktion in der BVV Mitte, traditionell Freunde Amerikas in sein Apartment in Moabit. Bei Barbecue, Bier und vielen Obama- und McCain-Stickern waren über den Dächern der Stadt neben echten Amerikanern aus des Gastgebers OV u.a. **Kurt M. Lehner**, **Donald Tuckwiller**, **Martin Reeckmann** und **Philipp Ehmann** sowie der Heimkehrer **Erich Schmidt** unter den Feiernden, aus dem OV Wilhelmstadt **Nils Augustin**, aus dem BV Charlottenburg-Wilmersdorf **Mathias Goldstein** und **Annette Goldstein** sowie aus dem BV Steglitz-Zehlendorf **Alexandra Thein** und aus Lichtenberg die dortige BA-Sprecherin und Bezirksverordnete **Beate Schütz**. Später hinzu kam u.a. der Representative of German Industrie and Trade in Washington DC, **Bernhard Welschke**, der auch von Begegnungen auf der vorangegangenen Eröffnung der neuen US-Botschaft erzählen konnte. Der 4. Juli sei „ein Feiertag für alle, die wissen, wie wertvoll Freiheit und Unabhängigkeit sind“, hatte dort u.a. **Angela Merkel** vor vielen Gästen, darunter **George Bush senior.**, gesagt.

(au) Beim 37. Kulturfrühstück der FDP-Bundestagsfraktion in Cottbus nahmen mit **Anno Blissenbach**, der als Präsident den Deutschen Tonkünstlerverband Landesverband Brandenburg vertrat, sowie mit **Udo von Massenbach**, der als in Brandenburg lebender Kulturschaffender vertreten war, gleich zwei Parteifreunde aus dem OV Wilhelmstadt teil. Kulturpolitische Redner waren **Jan Mücke** MdB, parlamentarischer Geschäftsführer in der FDP-Bundestagsfraktion, **Heinz Lanfermann** MdB sowie Landesminister a.D. **Hinrich Enderlein** (beide Brandenburg).

Leserbriefe

Christian Lüdtko (OV Gendarmenmarkt)

Ich freue mich über die rege Diskussion über den Afghanistan-Einsatz, die uns davor bewahrt, unsere Soldaten voreilig in gefährliche Auslandseinsätze zu entsenden. Ich möchte noch einmal meine Position erläutern: Ich lehne generell Forderungen nach einer „Weltpolizei“ ab, da eine solche nicht nur vom Umfang her nicht zu leisten wäre, sondern auch jeglicher Legitimation entbehren würde. Insbesondere aufgrund historischer Erfahrungen ist die Bundeswehr ein Parlamentsheer und eine Verteidigungsarmee. Deshalb ist es absolut nachvollziehbar und begründet, wenn jemand generell Auslandseinsätze ablehnt. Ich jedoch plädiere für eine Abwägung von Fall zu Fall: Die Anschläge vom 11. September 2001 waren ein Angriff auf die gesamte westliche Welt. Deswegen ist der Militärschlag der Nato gegen das Taliban-Regime in Afghanistan, das nachweislich die Terrororganisation Al-Qaida beherbergt hatte, ein gerechtfertigter Verteidigungskrieg gewesen. In diesem Zuge haben wir allerdings eine große Verantwortung gegenüber dem afghanischen Volk übernommen, dem wir ein System geben müssen, das Sicherheit und Stabilität gewährleisten kann. Ein solch ziviler Aufbau ist allerdings unmöglich unter der tagtäglichen militärischen Bedrohung vor Ort. Um die Sicherheit gewährleisten zu können für den zivilen Aufbau, brauchen wir mehr Truppen für Afghanistan (und eben auch eine bessere Ausrüstung dieser). Würden wir blind den Amerikanern hinterherrennen, stünden unsere Soldaten heute übrigens im Irak.

Schlusswort

Die Macht des Fußballs – Südafrikas Chance

von Stefan Scholz

Noch betört vom Fußballtaumel der EM, streift mein Blick besorgt die Weltmeisterschaftsnation 2010, Südafrika.

Seit Jahren kämpft das Flugschiff des afrikanischen Kontinents gegen die Flucht der geistigen Elite des Landes, gleichzeitig ist der Strom afrikanischer Einwanderer unaufhaltsam. Weiße demütigen weiterhin Schwarze, Schwarze attackieren immer noch Weiße und Banden der bitterarmen Townships meucheln jüngst aus lauter Verzweiflung in den eigenen Reihen. Die Hilflosigkeit und der Opportunismus der politischen Elite unter Mbeki und Zuma tun ihr Übriges, um den Glauben an die Kraft der südafrikanischen Nation weiter zu erschüttern.

Was die Politik nicht lösen kann, mag vielleicht der Fußball heilen. Diese vage Hoffnung speist sich aus unseren eigenen Erfahrungen im Jahre der Fußballweltmeisterschaft 2006. Der Wiedergewinn gemeinsam verspürter Selbstachtung bei gleichzeitig großer Wertschätzung kultureller und nationaler Vielfalt verblüffte einst selbst die größten Zyniker.

Vielleicht ergreift auch das Land am Kap die einmalige Gelegenheit, die die Rolle des Gastgebers einräumt. Nelson Mandela bot 1994 mit einer herausragenden Geste schon einmal allen Südafrikanern die Chance, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten. Dies wäre die zweite. Und es wäre die wahrscheinlich letzte.

Liberales Unternehmen in Mitte: **Elias Berthold** (OV Wilhelmstadt)



Geboren wurde Ilya Elias Berthold im August 1984 in Jekaterinburg/Ural - Stätte der Ermordung der kürzlich heilig gesprochenen Zarenfamilie Romanow. Aufgewachsen ist er im niedersächsischen Hannover. Nach einem prägenden, Aufenthalt in den Athos-Klöstern Griechenlands, zog es den Werbe-kaufmann schließlich zurück in weltliche Leben, und zwar in unsere Hauptstadt. Hier gründete er „incommunio“, eine Full-Service-Marketing-Agentur, welche Berthold seither als geschäftsführender Inhaber leitet. Seit 2006 ist er Mitglied im OV Wilhelmstadt der FDP – bisher eher passiv, freut er sich auf einen neuen Lebensabschnitt in und mit der FDP. Zur Zeit organisiert er eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Religion und Staat“ mit besonderem Blick auf Russland, welche im Herbst dieses Jahres im Rahmen der DGLI e.V. stattfinden soll. Kontakt: berthold@incommunio.de

Termine

Juli 2008

- 07.07 19.00h OV Gendarmenmarkt & OV OT: **Sommerfest** – im Ruderclub Mitte, Monbijou-Park vor und in den S-Bahn-Bögen (bei Regen gibt es in letzteren eine Bar)
- 07.07 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** – u.a. Wahl der Delegierten zur Europawahlversammlung – Thema Kulturpolitik mit Jan Becker-Schwing – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 08.07 20.00h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 1), Otto-Suhr-Saal
- 09.07 19.30h OV Tiergarten: **Mitgliederversammlung** – u.a. Wahl der Delegierten zur Europawahlversammlung – Info unter www.fdp-berlin.de
- 13.07 **STEUERZAHLERTAG**
- 14.07 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** – Thema: European Enterprise Netzwerk – mit Willem Noë (EU) – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 16.07 14.45h DGLI Berlin: **Besuch des Auswärtigen Amtes** – Werderscher Markt 1, Treffpunkt: Haupteingang (Lichthof im Neubau) – im Anschluss Besuch des Internationalen Clubs – Anmeldung unter dragowski@fdp-berlin.de
- 27.07 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 30.07 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)

August 2008

- 01.08 16.00h DGLI Berlin: **Besuch der Britischen Botschaft** – Gespräch mit einem Abteilungsleiter – Wilhelmstr. 70-71 – Anmeldung unter dragowski@fdp-berlin.de
- 05.08 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 13.08 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arena (Birkenstr. 30)
- 27.08 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 31.08 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

September 2008

- 01.09 20.00h OV Wilhelmstadt: **Mitgliederversammlung** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 02.09 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 08.09 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** – Thema: Der Energieausweis im Wohnungsbestand – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 09.09 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 10.09 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arena (Birkenstr. 30)
- 24.09 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr 26)
- 28.09 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.